



# HESSISCHER LANDTAG

## Entschließungsantrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### betreffend schneller Ausstieg aus der Atomkraft – Keine Laufzeitverlängerung für Biblis A und B

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die beiden Reaktoren Biblis A und B zu den ältesten und pannen anfälligsten deutschen Anlagen gehören und nicht gegen Flugzeugabstürze geschützt sind. Die Bundesregierung hat bestätigt, dass Biblis A und B nicht mehr dem internationalen Stand von Forschung und Technik entsprechen. Das erste Halbjahr 2009 sowie fast das vollständige Jahr 2007 haben gezeigt, dass trotz Stillstand beider Anlagen die Lichter in Hessen nicht ausgehen. Auf Atomstrom aus Biblis kann ohne weiteres verzichtet werden.
2. Der Landtag kritisiert die riesigen Versäumnisse der Landesregierung beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Hessen liegt im Vergleich der Flächenländer bei der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien weit hinter seinen Nachbarländern. Nur ein Prozent (8,8 Megawatt) der im ersten Halbjahr 2009 in Deutschland errichteten Windenergieleistung von insgesamt 802 Megawatt wurde in Hessen aufgebaut, während es selbst im Stadtstaat Hamburg im gleichen Zeitraum 12 Megawatt waren.
3. Der Landtag stellt fest, dass es für den Millionen Jahre strahlenden Atommüll aus den Reaktoren in Biblis weiterhin keinen Endlagerstandort gibt. Jüngst ans Tageslicht gekommene Dokumente machen immer deutlicher, dass sich der einzige erkundete Endlagerstandort Gorleben als ungeeignet erweist und nicht aus technischen, sondern politischen Gründen als möglicher Standort ausgewählt wurde.
4. Der Landtag nimmt neueste Studien zur Kenntnis, die eindrucksvoll beweisen, dass Strom aus Atomkraftwerken tatsächlich viel teurer als von den Energiekonzernen angegeben ist. So wurde die Atomenergie seit den 1950er Jahren mit 165 Milliarden Euro staatlicher Förderung unterstützt. Weitere 92,5 Milliarden Euro sind in Zukunft als Subventionen von den Steuerzahlerinnen und

-zahlern zu tragen. Damit ist das Märchen vom kostengünstigen Atomstrom widerlegt.

5. Der Landtag begrüßt das deutliche Zeichen, das am 5. September 2009 von 50.000 Demonstranten in Berlin, davon viele aus Hessen, gegen die Atomkraft und die von CDU und FDP geplante Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken gesetzt wurde. Der Weiterbetrieb der Atomanlagen hat keinen Rückhalt in der Bevölkerung. Der Ausstieg aus dieser Risikotechnologie muss so schnell wie möglich erfolgen.

**Wiesbaden, den 8. September 2009**  
**Der Fraktionsvorsitzende**  
**Tarek Al-Wazir**